

## EDITORIAL

### Deutsche(r) werden

Der Einbürgerungstest stellt eines der Instrumente dar, um den in ein Land eingewanderten Menschen einen Immigrantenstatus oder gar eine Staatsbürgerschaft zu erteilen. Mit der richtigen Beantwortung von Fragen zu Geschichte, politischem oder rechtlichem System, Gesellschaft und Kultur öffnen sich für die Einwanderer viel mehr Türen. Nicht mehr nur Bleiben, sondern auch Arbeiten und an jeglichem gesellschaftlichen Leben Teilhaben zu dürfen, wird den einbürgerungswilligen Ausländer(innen) ermöglicht. Mit der Ausgabe des Passes schließlich werden den Zugewanderten außerdem ihre staatsbürgerlichen Rechte gewährt und Pflichten auferlegt. Im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden, den USA oder Kanada (siehe Länderprofile auf [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)) findet der Einbürgerungstest seine Anwendung. In der deutschen Migrationspolitik fehlt es zurzeit an einem bundesweit geltenden Modell; es gibt lediglich länderspezifische Einbürgerungstests. Doch der Besitz des deutschen Passes löst auf keinen Fall alle Probleme der Integration in die deutsche Gesellschaft. Viel mehr muss getan werden, wie der aktuelle Leitartikel thematisiert, damit die in Deutschland lebenden Ausländer(innen) gleiche Chancen bekommen. EL

## IN DIESER AUSGABE

Deutschland ein  
Einwanderungsland Seite 1/2

Ressourcenreichtum als Triebfeder der  
russischen Konjunktur Seite 3

Rekordpreise an Rohstoff-  
märkten Seite 4

## MIGRATION

# Deutschland ein Einwanderungsland

In die deutsche Migrations- und Integrationspolitik ist neuer Schwung gekommen. In einem offenen Brief von 17 Unionspolitikern, veröffentlicht in der Wochenzeitung „Die Zeit“ Nr. 6 vom 31. Januar 2008, findet sich ein bemerkenswertes Eingeständnis: Die Union musste „erkennen, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist und es in der jahrzehntelangen verschlafenen Integrationspolitik einen dringenden Nachholbedarf gibt.“ Mit dieser so klugen wie richtigen Aussage wird eine Tür aufgestoßen, die bis anhin zu oft eine nüchterne Diskussion verhindert und den Weg zu zielführenden Lösungen verschlossen hatte.

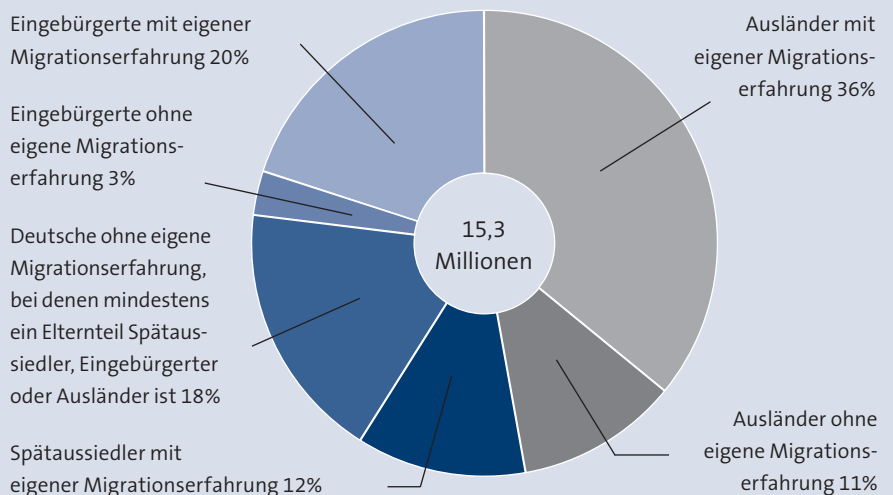
Von Thomas Straubhaar

In der Tat ist Deutschland schon lange ein Einwanderungsland. Mit einer ausländischen Wohnbevölkerung von 6,7 Millionen, was einem Anteil von 8,2 % entspricht, gehört Deutschland zu den aufnahmefreundlichsten Ländern der Europäischen Union. Wie offen Deutschland heute schon ist, wird deutlich, wenn Menschen mit so genanntem „Migrationshintergrund“ mitbetrachtet werden. In Deutschland leben 15,3 Millionen Menschen mit einem migrationspolitischen Hintergrund, was einem Bevölkerungsanteil von gegen 19 % ent-

spricht (siehe Grafik). Das liegt nicht weit neben den Prozentsätzen der klassischen Einwanderungsländer Australien und Kanada und ist eher mehr als weniger verglichen zu den USA.

Mit der Zuwanderung hat Deutschland kein größeres Problem als andere Nationalstaaten. Überall und gerade im vergleichsweise höher entwickelten Europa mit attraktiven Lebensbedingungen bleibt die Frage zu beantworten, wer unter welchen Bedingungen wie lange zuwandern und arbeiten darf.

Migrationshintergrund der deutschen Bevölkerung 2005



Quellen: Statistisches Bundesamt; Veysel Özcan, Deutschland, Länderprofil Nr. 5, focus Migration, 2007.

**Das deutsche Migrationsproblem ist nicht so sehr ein Zuwanderungsproblem. Es ist vor allem ein Integrationsproblem.** Es entsteht bei der Festlegung der Rechte und Pflichten, die den Zugewanderten und deren Kindern gewährt und auferlegt werden sollen. Es entsteht beim Zugang zum Arbeitsmarkt und den Beschäftigungschancen für Ausländer(innen). So sind im Ausland Geborene in wesentlich höherem Maße arbeitslos als in Deutschland Geborene. Für Geringqualifizierte liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 15,6 %, wenn sie hier, und bei 20,3 %, wenn sie andernorts geboren wurden. Bei Mittelqualifizierten liegt die Differenz bei 10,4 % zu 14,7 %, und bei Hochqualifizierten steigt sie auf 4,4 % zu 12,5 % (OECD 2007). Also gerade das Können und Wissen gut qualifizierter Ausländer bleibt in Deutschland in besonderem Maße ungenutzt.

**(Zu) viele integrationspolitische Fragen blieben in Deutschland (zu) lange unbeantwortet.** Der Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er-Jahre hat jedoch die alte Verdrängungsstrategie hinfällig und eine Neuorientierung in vielerlei Hinsicht notwendig gemacht. Was mit Aus- und Übersiedlern und der neuen Rolle eines vereinten Deutschlands begann, führte zu einer Neuausrichtung des deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes aus dem Jahr 1913. Das reformierte Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000 erleichterte den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Das neue Zuwanderungsgesetz von 2005 enthielt ge-

setzliche Maßnahmen zur Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer(innen). Seither folgt die Integrationspolitik dem Grundsatz des „Förderns“ und „Forderns“. Zuwanderer sollen die deutsche Sprache und die Grundwerte der deutschen Gesellschaft kennen und respektieren lernen. Im Gegenzug werden ihnen Integrationskurse kostenlos angeboten, bestehend aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs, der allgemeines Wissen zur deutschen Rechtsordnung, Geschichte und Kultur vermitteln soll.

Auch wenn sich somit in den letzten Jahren vieles zum Guten verändert hat, bleibt in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik einiges zu tun. Besonderer Handlungsbedarf zeigt sich mit Blick auf die in Deutschland geborenen und/oder schon lange lebenden Ausländer(innen) der zweiten oder dritten Generation. Erst die negativen Ergebnisse der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) haben die Schwierigkeiten von Schülern mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem offen gelegt. Obwohl in Deutschland sehr viel öffentliches Geld ausgegeben wird, um ausländische Kinder besser in das deutsche Schulsystem zu integrieren, ist das Ziel der Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund bis anhin bei weitem verfehlt worden. Das ist aus zwei Gründen eine Fehlentwicklung, die zu korrigieren wäre.

Erstens sind die ausländischen Kinder vielfach hoch motiviert. Sie scheitern jedoch oft nicht intellektueller, sondern sprachlicher Defizite wegen. Es ist unbestritten, dass bei ausländischen Kindern die Förderung des Deutschen als Zweitsprache um so erfolgreicher ist, je früher mit der Sprachförderung begonnen wird. Somit kommt Kindergärten und Vorschulen eine wichtige Rolle zu, die „Sprachlosigkeit“ nicht-deutschsprachiger Kinder frühzeitig zu beheben. „Mehrsprachigkeit sollte ein bewusster Bestandteil des Kindergartenalltags werden. Hierzu ist eine entsprechende Ausbildung der Erzieherinnen not-

wendig. Aufgebaut werden kann dabei auf bereits vorhandenen Kompetenzen von Erzieherinnen mit Migrationshintergrund, die in größerer Zahl eingestellt werden sollten“, so hat es der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration in seinem Jahresgutachten 2004 zu Recht gefordert. Würden Jugendliche mit Migrationshintergrund besser integriert, wäre „automatisch“ das in Deutschland verfügbare Humankapital größer. Dieser Zugewinn ist gerade mit Blick auf die demographische Alterung unverzichtbar. Oder anders formuliert: **es ist in jeder Beziehung eine kostengünstigere und damit effizientere Strategie, die bereits in Deutschland lebenden Ausländer(innen) der zweiten und dritten Generation besser in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt zu integrieren, als Probleme der demographischen Alterung durch Zuwanderung „neuer“ Ausländer(innen) beheben zu wollen.**

Zweitens wirkt sich eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund später positiv für die öffentlichen Haushalte aus. Besser integrierte Ausländer(innen) werden eher eine Beschäftigung finden. Somit werden sie Steuern und Abgaben entrichten. Schlechter integrierte Ausländer(innen) werden die Staatshaushalte in mehrfacher Form belasten. Einfacher ausgedrückt: **es ist kostengünstiger, in jungen Jahren Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, anstatt in späteren Jahren die Folgen einer misslungenen Integration finanzieren zu müssen.**

## LITERATUR

Straubhaar, T. (2008): Einwanderungsland Deutschland – Eine liberale Perspektive für eine strategische Migrationspolitik, Position Liberal, Liberales Institut der Friedrich-Nauemann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Download der Publikation und weitere Literatur zum Thema finden Sie im HWWI Dossier „Zuwanderungsdebatte in Deutschland“ unter [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org) (Publikationen).

OECD (2007): Internationaler Migrationsausblick, Paris.

## FOCUS MIGRATION

Die HWWI-Informationsplattform „focus Migration“ bietet aktuelle Zahlen, Daten und Analysen rund um Migration und Integration in Europa und weltweit. focus Migration besteht aus drei Kernprodukten: dem Newsletter „Migration und Bevölkerung“, Kurzdossiers und Länderprofilen. focus Migration ist eine Kooperation zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Netzwerk Migration in Europa e.V. und dem HWWI.

Website: <http://www.focus-migration.de/>

## Ressourcenreichtum als Triebfeder der russischen Konjunktur

Am 2. März 2008 wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Wladimir Putin darf nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit nicht mehr antreten. Seine Regierungszeit ist mit der Kritik des Westens an innen- wie außenpolitischer Machtentfaltung verbunden. In ökonomischer Hinsicht hat sich das Land jedoch zunehmend stabilisiert. *Von Norbert Kriedel*

Russlands Wirtschaftswachstum erhöhte sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr von 5 % auf rund 7 ¼ %. Im Verlauf des letzten Jahres zeigt sich zwar ein leichter Rückgang der konjunkturellen Dynamik, der aber im Einklang mit der Abschwächung der Weltkonjunktur und des Welthandels steht. Der langjährige Aufschwung geht zum einen auf die positive Entwicklung bei der Investitionstätigkeit zurück. Diese ist Reflex des beträchtlichen Erneuerungspotenzials der Infrastruktur sowie der hohen erwarteten Renditen eines Kapazitätsaufbaus im Energiesektor. So erhöhten sich die Anlageinvestitionen – deren Anteil am russischen Bruttoinlandsprodukt steigt und derzeit ein Drittel beträgt – in den letzten Jahren stetig, in 2007 in beschleunigtem Maße. Auch Direktinvestitionen des Auslands gewinnen eine zunehmende Bedeutung. Sie trugen neben den Deviseneinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft zu den starken Kapitalzuflüssen der Jahre 2006 und 2007 bei. Für 2007 ergab sich bis zum Herbst ein positiver Kapitalbilanzsaldo von knapp 60 Milliarden US-Dollar, und damit eine Verzehnfachung gegenüber dem Vorjahr.

Russland profitierte ab 2002 auch von der Belebung des Welthandels. Hierbei leisteten die Erlöse aus dem Export von Erdöl und Gas sowie Industriemetallen einen wesentlichen Beitrag zum steigenden Überschuss in der Handelsbilanz; dieser reduzierte sich aber seit seinem Höhepunkt im Jahre 2006. Von der jüngsten Krise an den Kapitalmärkten wurden unter anderem auch die Aktiennotierungen russischer Ölfirmen erfasst. Allerdings handelt es sich dabei im Wesentlichen um spontane psychologische Reaktionen. Eine nachhaltige Auswirkung auf die russische Realwirtschaft hätte diese Krise nur in dem wenig wahrscheinlichen Fall, dass die Welt-

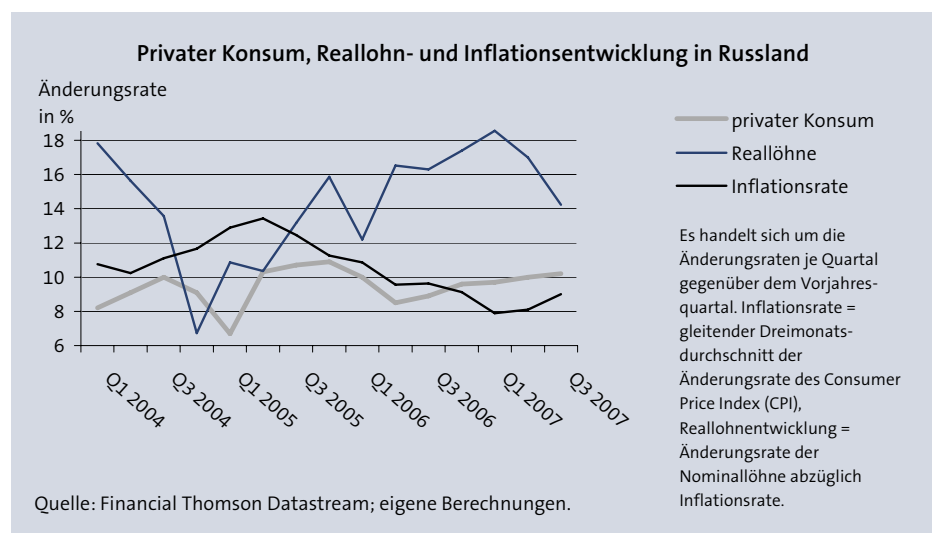
marktpreise für Rohstoffe, die das Rückgrat der russischen Exporte und Investitionserwartungen bilden, deutlich sinken.

**Das hohe Wachstum strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. So verringerte sich die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr weiter.**

Die international standardisierte Arbeitslosenrate lag zuletzt knapp unter 6 % und ist in 2007 um rund einen Prozentpunkt gesunken. Zum Vergleich: Zu Beginn des Jahres 2005 lag sie noch etwas über 8 %, ein Jahr zuvor sogar bei rund 9 %. Obwohl die Zuwachsraten bei den Nominallöhnen im vergangenen Jahr rückläufig waren, erreichten sie im Jahresdurchschnitt beachtliche 25 %. Diese Lohnzuwächse wurden nur teilweise durch die Preisentwicklung wettgemacht. So nahm die Inflationsrate, gemessen am Anstieg der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr, zwischen Frühjahr und Herbst 2007 von 7 ½ % auf knapp 11 % zu und lag im Jahresmittel bei rund 8 ¼ %. Daher war insgesamt noch ein deutlicher Anstieg der Reallöhne zu verzeichnen. Somit ist es nicht verwunderlich, dass der private Konsum – der 57 % des Bruttoinlandsprodukts ausmacht – mit Zuwachsraten um die 10 % steigt (siehe Grafik).

**Die hohen Inflationsraten trugen zur weiteren real-effektiven Aufwertung des Rubels bei.** Zwar besteht eine gewisse Gefahr, dass dies der Exportkonjunktur Schaden zufügen könnte. Allerdings ist die Bedrohung, die von hohen Lohn- und Preissteigerungen ausgeht, für Russland geringer als für viele andere Länder. Dies liegt an der Bedeutung der Energierohstoffe für die russischen Exporte. Die Preise dieser Rohstoffe sind im Gegensatz zu Industriegütern deutlich weniger von Lohnsteigerungen betroffen.

**Aufgrund der hohen Investitionen und der Ressourcen im Energiebereich wird die russische Wirtschaft anhaltend stark expandieren. Für die nächsten beiden Jahre wird jeweils mit einem Wachstum von knapp 8 % gerechnet.** Bei entsprechender Offenheit des Landes gegenüber ausländischen Investoren wird sich die Produktivität des Kapitalstocks erhöhen, vor allem im Bereich Transportinfrastruktur und im Energiesektor. Davon dürfte auch die Wettbewerbsfähigkeit des Industriesektors profitieren. Ein stärkerer Industriesektor würde die Abhängigkeit des Landes vom Energiesektor und die Anfälligkeit der Konjunktur gegenüber Schocks auf den Weltenergiemärkten reduzieren.



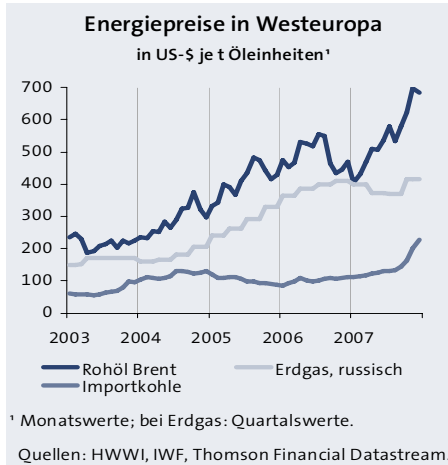
# Rekordpreise an Rohstoffmärkten

Das Jahr 2008 begann mit steigenden Rohstoffpreisen, einige Notierungen erreichten dabei neue Rekordstände. Der HWWI-Rohstoffpreisindex war im Januar so hoch wie nie zuvor. Doch im Gefolge der Turbulenzen an den Aktienmärkten gibt es an den Rohstoffmärkten auch Entspannungssignale. *Von Klaus Matthies*

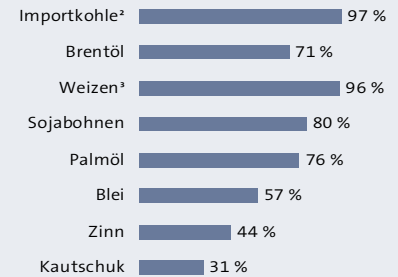
Der von spekulativen Käufen beeinflusste Höhenflug der Rohölpreise zur Jahreswende dauerte nicht lange. Zunehmende Sorgen um die Konjunktur in den USA begannen die geopolitischen Risiken für die Ölversorgung in den Hintergrund zu drängen, und bis Mitte Januar fiel der Brentpreis, der kurzfristig bei über 98 US-Dollar je Barrel gelegen hatte, wieder auf 90 US-Dollar. Erst als sich abzeichnete, dass die OPEC-Länder (Organization of the Petroleum Exporting Countries) ihre Förderquoten nicht heraufsetzen, zogen die Notierungen wieder an. Das tatsächliche Ölangebot der OPEC nahm allerdings in den letzten Monaten zu.

Die Ölförderung außerhalb der OPEC wird in diesem Jahr mit der Inbetriebnahme zusätzlicher Kapazitäten stärker steigen als 2007. Doch auch die Weltölnachfrage nimmt trotz der hohen Preise weiter zu, bedingt vor allem durch das kräftige Wachstumstempo in China, Indien und im Nahen Osten. **Der Spielraum für Ölpreissenkungen wird daher relativ begrenzt bleiben. Nach dem Winter dürfte sich der Brentpreis bei Ausbleiben neuer geopolitischer Spannungen in Richtung der 80-US-Dollar-Marke bewegen.** Deutlich niedrigere Preise sind für den Fall zu erwarten, dass die US-Wirtschaft in eine Rezession gerät.

Steigende Preise gab es in den letzten Monaten auch bei Kohle. Sie erreichten zuletzt, unterstützt durch wetterbedingte Produktionsausfälle, ihren historischen Höchststand. Trotzdem ist Kohle immer noch ein relativ billiger Brennstoff, und dies hat in den letzten Jahren ihren Einsatz in der Stromerzeugung gefördert. Die Spotpreise für Koks-kohle zogen ebenfalls deutlich



**Ausgewählte Rohstoffe: Verteuerung 2007**  
Januar 2007-Januar 2008, US-\$, in %



<sup>2</sup> Südafrika, free-on-board. <sup>3</sup> Hartweizen, USA.

Website: <http://www.hwwi-rohindex.org/>

an. Koks-kohle wird allerdings zumeist auf der Basis langfristiger Verträge zu jährlich neu festgelegten Preisen gehandelt. **Angesichts eines andauernden Stahlbooms ist zu erwarten, dass es in diesem Jahr zu einer kräftigen Preiserhöhung kommt.** Das gilt auch für die Vertragspreise von Eisenerz, die gegenwärtig für 2008 ausgehandelt werden. Die Anhebung dürfte deutlich stärker sein als 2007 (knapp 10 %), denn für Spotlieferungen wurde in letzter Zeit doppelt so viel bezahlt.

Insgesamt haben sich die Preise für Industrierohstoffe seit dem Höchststand im Mai letzten Jahres tendenziell nach unten bewegt, in Euro unterschreiten sie mittlerweile den Stand vor Jahresfrist. Am deutlichsten war die Richtungsänderung auf den NE-Metall-Märkten, die vermehrt durch ein allmählich zunehmendes Angebot gekennzeichnet sind. Auch die Sorge um ein niedrigeres globales Wirtschaftswachstum drückt auf die Preise. Bisher zeigt die Weltmetallnachfrage allerdings kaum Schwächen.

**Bei agrarischen Rohstoffen gab es vergleichsweise wenig Änderungen. Am stärksten verteuerten sich Kautschuk und**

**Spinnstoffe.** Deutlich beschleunigt hat sich in letzter Zeit der Preisanstieg bei Nahrungsmittelrohstoffen, insbesondere bei Weizen sowie Ölsaaten und pflanzlichen Ölen. Verantwortlich dafür sind Angebotsverknappungen aufgrund niedrigerer Ernterträge sowie eine kräftige Nachfrage, die auch vom konkurrierenden Bedarf für die Erzeugung von Biotreibstoffen stimuliert wird. Hier ist eine rasche Entspannung nicht in Sicht.

**Angesichts des hohen Preisniveaus bei vielen Rohstoffen und der Aussicht auf ein vermindertes Wachstum der Weltwirtschaft ist zu erwarten, dass die Rohstoffnachfrage generell nicht mehr so stark zunehmen wird wie bisher.** Das dürfte dämpfend auf viele Rohstoffpreise wirken und im weiteren Verlauf dieses Jahres zumindest bei etlichen Industrierohstoffen zu niedrigeren Notierungen führen. Im Jahresdurchschnitt 2008 wird aber vermutlich eine deutliche Erhöhung der Eisenerzpreise verhindern, dass der Indexwert für Industrierohstoffe sinkt. Im vergangenen Jahr verteuerten sich Industrierohstoffe, gemessen am HWWI-Index auf US-Dollarbasis, um 15,4 % gegenüber dem Vorjahr, in Euro betrug der Anstieg 6 %.